

Barbara Tham

# Einstellungen der jungen Bevölkerung zur EU vor und während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007

Dr. Barbara Tham ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) der Ludwig-Maximilians-Universität München. Die Projekte der Forschungsgruppe Jugend und Europa werden aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des Bundes finanziert.

---

**Barbara Tham**

## **Einstellungen der jungen Bevölkerung zur EU vor und während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007**

Am Ende einer Ratspräsidentschaft ist es üblich, Bilanz zu ziehen. Im Vordergrund des vielfältigen Aufgabenspektrums des deutschen EU-Vorsitzes standen sicherlich die Verfassungsfrage sowie die allgemeine Verbesserung des Integrationsklimas. Offensichtliche Interessensgegensätze zwischen den Mitgliedstaaten sowie die nach den gescheiterten Referenden zur EU-Verfassung sichtbar gewordene Kluft zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern haben die deutsche Ratspräsidentschaft nicht leicht gemacht. Die nunmehr erzielten Vereinbarungen hinsichtlich des EU-Reformvertrages werden angesichts der schwierigen Ausgangslage größtenteils positiv bewertet und die Ratspräsidentin Angela Merkel und ihre diplomatische Vorgehensweise hierbei besonders gelobt.

Erste Ergebnisse der aktuellen Einstellungsuntersuchung der EU, die auf Befragungen im April und März 2007 beruhen, zeigen, dass sich auch die Zustimmungsdaten der Bevölkerung im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren wieder verbessert haben. Insbesondere die guten Werte der EU-Jugendstudie vom Januar und Februar 2007 veranlassen die Europäische Kommission zu einer positiven Einstufung des gegenwärtigen Images der EU bei den jungen Europäerinnen und Europäern. Es gibt jedoch auch andere Daten, die auf ein weiterhin bestehendes Kommunikationsdefizit zur europäischen Politik und damit verbunden zu einer auch weiterhin feststellbaren kritischen Distanz der Bevölkerung zur EU hinweisen.

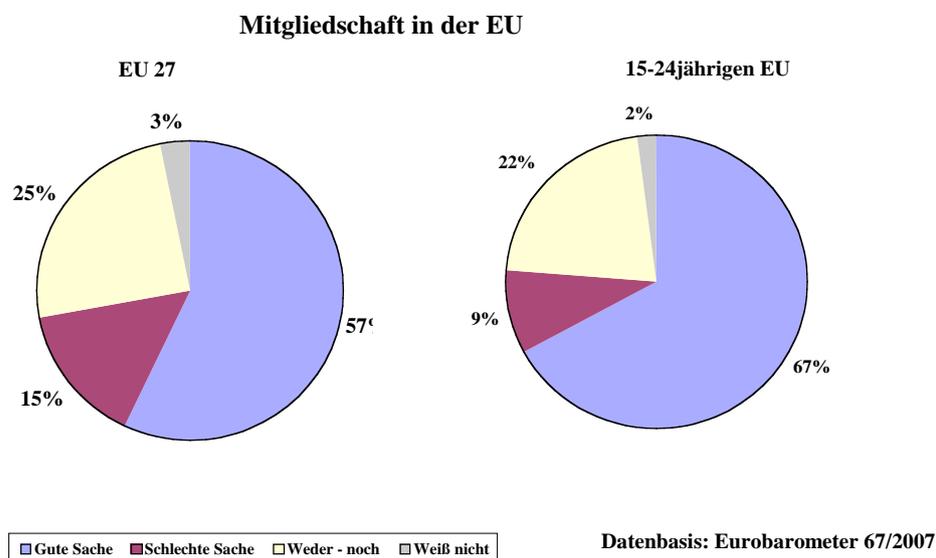
Angesichts der im Rahmen der EU-Reformpolitik geforderten Steigerung von Demokratie und Transparenz sowie der in der neuen Kommunikationspolitik angestrebten Bürgernähe und direkten Beteiligung der Menschen an der europäischen Politik stellt sich daher die Frage, wie die aktuellen Einstellungen der Menschen und insbesondere der jungen Generation zur EU und ihrer Politik ausfallen. Vor diesem Hintergrund sollen die vorliegenden Umfragen der EU näher analysiert werden.

Die nachfolgende Untersuchung beruht auf den Einstellungsdaten, die von der EU halbjährlich in allen Mitgliedstaaten repräsentativ erhoben werden.<sup>1</sup> Insbesondere wird auf die Ergebnisse der Erhebung vom Eurobarometer 65 vom Frühjahr 2006<sup>2</sup> näher eingegangen. Ergänzend hierzu werden erste Ergebnisse der Eurobarometer Umfrage 67 vom Frühjahr 2007<sup>3</sup> sowie das Flash Eurobarometer 189a vom Herbst 2006<sup>4</sup> zur EU-Kommunikationspolitik und das Flash Eurobarometer 202 über die jungen Europäer/innen mit Daten vom Januar/Februar 2007<sup>5</sup> hinzugezogen. Das besondere Augenmerk gilt hierbei den Daten der Jugendkohorte, d.h. in der Regel der 15-24jährigen.

### Bewertung der EU-Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU wird von einem Großteil der Jugendlichen als eine gute Sache angesehen. Im aktuellen Eurobarometer 67 bewerten 67 % der EU-Jugendlichen 2007 die Mitgliedschaft in der EU positiv. Sie sind damit 10 % positiver eingestuft als die Gesamtbevölkerung. Im Gegensatz dazu stufen nur 9 % der Jugendlichen die Mitgliedschaft als schlechte Sache ein. Ein Viertel der jungen Europäerinnen und Europäer können sich zur EU jedoch nicht eindeutig äußern und beantworten die Frage nach der Mitgliedschaft mit einem ‚weder-noch‘ beziehungsweise mit ‚weiß-nicht‘.

*QA9a: Ist die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU ihrer Meinung nach eine gute Sache, eine schlechte Sache, weder gut noch schlecht, weiß-nicht?*



<sup>1</sup> Siehe Eurobarometer-Homepage: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

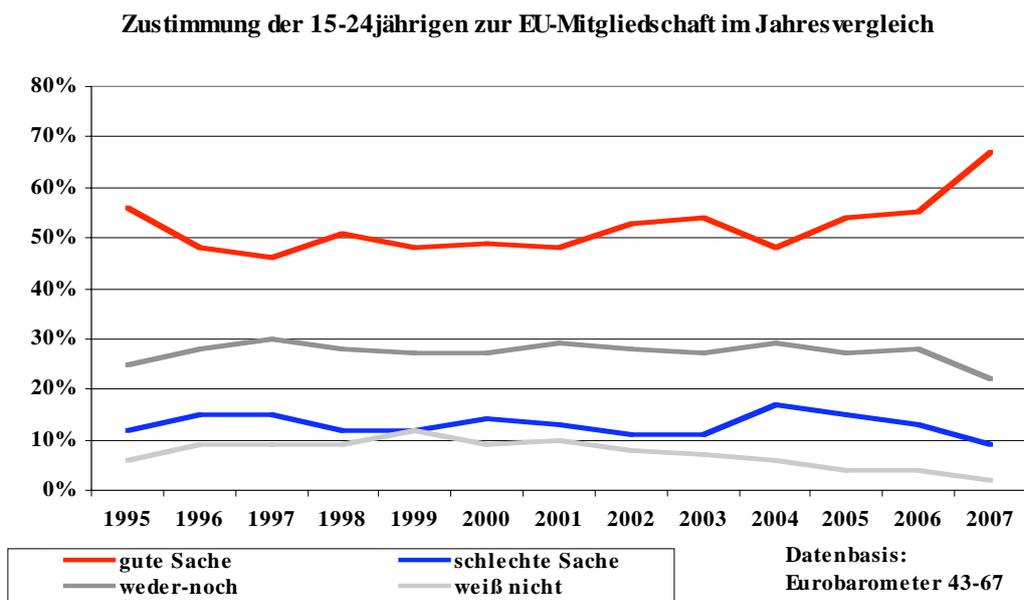
<sup>2</sup> [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb65/eb65\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_de.pdf)

<sup>3</sup> [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb67/eb67\\_first\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb67/eb67_first_de.pdf)

<sup>4</sup> [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl\\_189a\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_189a_de.pdf)

<sup>5</sup> [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl\\_202\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_202_en.pdf)

Insgesamt sind die Zustimmungswerte in diesem Jahr wieder leicht angestiegen und liegen nunmehr auf dem höchsten Stand seit 1994.



Sowohl im Hinblick auf die geografische Verteilung<sup>6</sup> als auch hinsichtlich der soziodemografischen Charakteristika der Befragten lassen sich deutliche Unterschiede bei den Einstellungen feststellen. Besonders hohe Zustimmungswerte zur EU-Mitgliedschaft finden sich bei der Bevölkerung in den Niederlanden, Irland und Luxemburg. Im Gegensatz dazu fallen die ablehnenden Stimmen im Vereinigten Königreich, Österreich, Schweden, Finnland und Frankreich besonders hoch aus. In Lettland, Ungarn und der Tschechischen Republik ist die Meinung eher neutral, hier stufen die meisten der Befragten die EU-Mitgliedschaft mit ‚weder gut noch schlecht‘ ein.<sup>7</sup>

Nach soziodemografischen Faktoren aufgeschlüsselt, ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft bei Befragten mit längerer Ausbildungsdauer und besser verdienenden Beschäftigungsgruppen etwas größer. Wie bei früheren Erhebungen zeigt sich, dass diese Gruppen eher zu den proeuropäisch eingestellten Teilen der Gesellschaft gehören. Am stärksten ausgeprägt sind diese Zusammenhänge bei der Einschätzung der EU-Mitgliedschaft und den Faktoren ‚Ausbildungsende‘ und ‚EU-Wissen‘. Je höher der allgemeine Wissensstand sowie die Kenntnisse über die EU sind, desto höher fällt auch die Zustimmung zur EU aus und desto geringer ist der Anteil derjenigen, die sich indifferent oder kritisch zu dieser Frage äußern. Es liegt daher nahe, zu vermuten, dass die Einstellungen zur EU sehr stark von den vorhandenen Informationen und dem Wissensstand über die europäische Politik abhängig sind.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Vgl. EB 67, National Reports: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb67/eb67\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb67/eb67_en.htm)

<sup>7</sup> Vgl. EB 67, Erste Ergebnisse S. 15-16

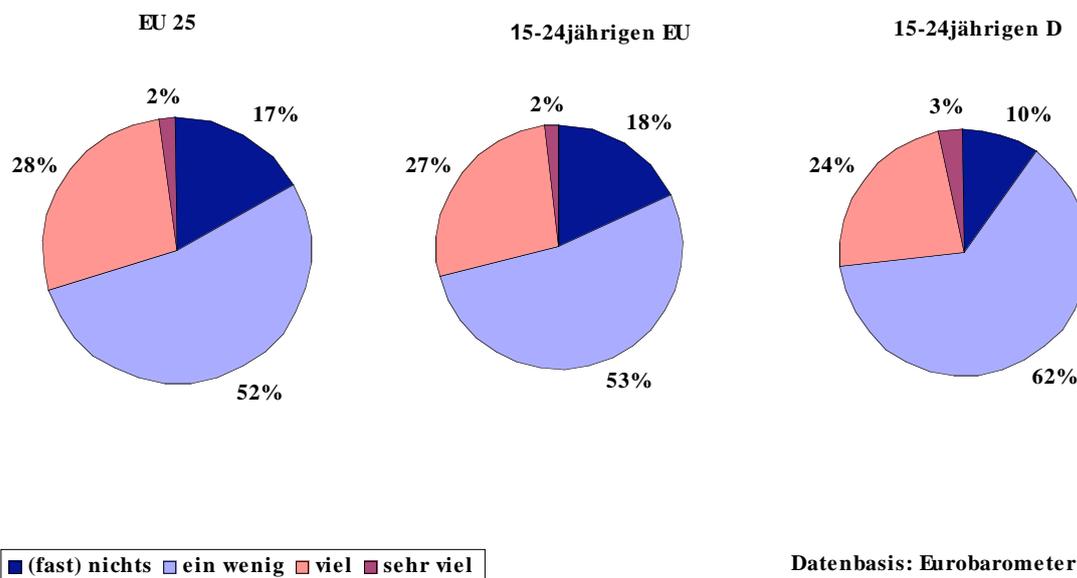
<sup>8</sup> Vgl. EB 67, Erste Ergebnisse S. 17

## EU-Kenntnisse

Die Jugendlichen schätzen ihre eigenes Wissen über die EU eher gering ein. Sehr gut fühlen sich 2006 nur 2 % der Jugendlichen über die EU informiert, 27 % der EU-Jugendlichen und 24% der deutschen Jugendlichen geben an, viel zu wissen. Über die Hälfte der EU-Jugendlichen und sogar 62 % der deutschen Jugendlichen glauben hingegen, nur ein wenig zu wissen. Immerhin 17 % der EU-Jugendlichen und 10 % der deutschen Jugendlichen geben selbst zu, (fast) nichts über die EU zu wissen. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen fallen bei dieser Frage im EU-Durchschnitt nicht sehr groß aus.

*QA19: Sagen Sie mir bitte anhand einer Skala von 1-10, wie viel Sie Ihrer Meinung nach über die EU, ihre Politik und ihre Institutionen wissen? 1-2: Weiß (fast) nichts, 3-5: Weiß ein wenig, 6-8: weiß ziemlich viel, 9-10: weiß sehr viel.*

### Geschätztes Wissen über die EU



Konkrete Wissensfragen über die EU spiegeln das subjektiv empfundene Informationsdefizit wider. Nur etwa die Hälfte der Jugendlichen beantworteten im Frühjahr 2006 die Frage, ob die EU aus 15 Mitgliedstaaten besteht, korrekt mit ‚nein‘.<sup>9</sup> Richtig ist, dass die EU 2006 bereits 25 Mitgliedstaaten umfasste. Dies scheint zwei Jahre nach der EU-Osterweiterung immer noch nicht in der Bevölkerung präsent zu sein. Auch am Beispiel der Budgetaufteilung des EU-Haushaltes zeigen sich weit verbreitete Vorurteile in der EU-

<sup>9</sup> EB 65, QA 26.1

Bevölkerung. 40 % der EU-Jugendlichen und 44 % der deutschen Jugendlichen gaben an, dass der Großteil des EU-Budgets für Verwaltung und Personalkosten verwandt wird.<sup>10</sup>

Bei einem so geringen Kenntnisstand über die EU stellt sich die Frage, inwieweit die Bevölkerung überhaupt eine stabile Basis für den europäischen Einigungsprozess darstellen kann. Im Sinne einer aktiven europäischen Bürgergesellschaft ist sicherlich eine größere Informiertheit der Menschen und insbesondere auch der jungen Generation über die aktuelle europäische Politik und deren Grundlagen notwendig. Nur auf der Grundlage eines konkreten Wissensstandes kann sich schließlich eine handlungsorientierte Einstellung gegenüber Europa entwickeln.

Im Gegensatz zum allgemeinen Wissensdefizit zur EU hat die Eurobarometer Umfrage zur EU-Kommunikationspolitik 2006 festgestellt, dass es durchaus ein erstaunlich hohes Interesse an EU-Angelegenheiten gibt.  $\frac{3}{4}$  der Jugendlichen sind der Auffassung, dass es für sie aus persönlichen und/oder beruflichen Gründen wichtig ist, über EU-Angelegenheiten informiert zu sein.<sup>11</sup> Die wichtigsten Gründe für das Interesse bestehen in der Kenntnisnahme der Vorteile europäischer Politik.<sup>12</sup> Die EU-Bevölkerung will darüber informiert sein, welche Rechte und Möglichkeiten als EU-Bürger/in bestehen beziehungsweise, was die EU-Institutionen für sie tun. EU-Wissen als Voraussetzung für die aktive Teilnahme an europäischer Politik wird hingegen erst nachrangig genannt.

Die Mehrheit der Bevölkerung sieht es als Aufgabe der nationalen Regierungen an, Informationen über die Tätigkeit und die Auswirkung der EU auf den Alltag zur Verfügung zu stellen.<sup>13</sup> Rund 70 % der jungen Europäer/innen sind allerdings der Auffassung, dass dies gegenwärtig noch nicht der Fall ist.<sup>14</sup> Die gewünschten Informationen zur EU sollten leicht verfügbar, in der jeweiligen Landessprache abgefasst, interessant formuliert sowie leicht verständlich sein. Vor allem hinsichtlich der Verständlichkeit wird noch größerer Bedarf gesehen.

### **Europäische Identität**

Die Zustimmung zur Europäischen Union wird oft mit der Frage gemessen, ob die Bürgerinnen und Bürger eine Verbundenheit mit Europa spüren. Erstmalig wurde im Eurobarometer 65 im Jahr 2006 bei dieser Frage zwischen Europa und der Europäischen Union differenziert. Nicht überraschend fühlen sich die Menschen in erster Linie mit ihrem Land verbunden und dann in ähnlichem Ausmaß mit ihrer Region und der Kommune, in der

---

<sup>10</sup> EB65, QA 26.3

<sup>11</sup> Flash EB 189a, Q2

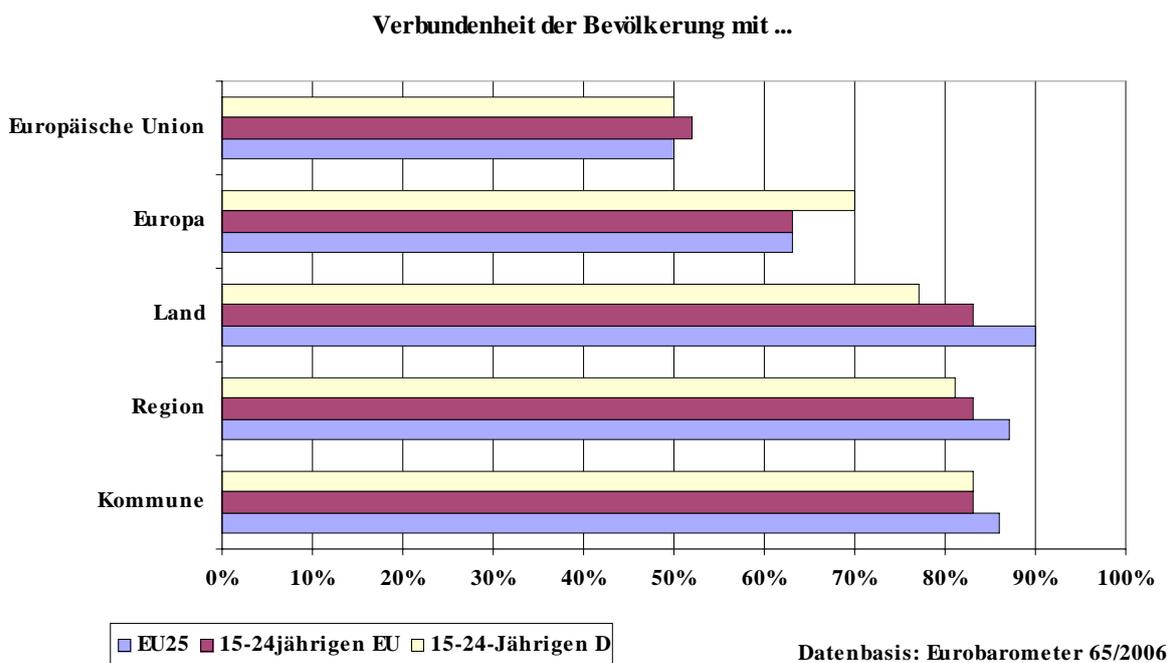
<sup>12</sup> Flash EB 189a, Q3a

<sup>13</sup> Flash EB 189a, Q9

<sup>14</sup> Flash EB 189a, Q5

sie leben. Erst dann und mit deutlichem Abstand wird Europa genannt. An letzter Stelle folgt schließlich die Verbundenheit mit der Europäischen Union. Die Menschen scheinen bei dieser Frage zwischen Europa, das wohl eher für geografische und kulturelle Bezüge steht, und der EU, die eher mit wirtschaftlichen und politische Strukturen verbunden wird, zu unterscheiden.

*QA35: Man kann sich ja unterschiedlich stark verbunden fühlen mit seinem Dorf oder seiner Stadt, seiner Region, seinem Land oder mit Europa. Sagen Sie mir bitte, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit...? (Antwortvorgaben: sehr verbunden, ziemlich verbunden (zs=verbunden), nicht sehr verbunden, überhaupt nicht verbunden (zs=nicht verbunden))*



Die Zugehörigkeit zur EU wird zwar immerhin von der Hälfte der Bevölkerung als ein Bezugspunkt der eigenen Identität genannt. Allerdings geben auch deutlich über 40 % der Menschen an, sich nicht mit der EU verbunden zu fühlen. 47 % der Gesamtpopulation, 44 % der EU-Jugendlichen und 46 % der deutschen Jugendlichen fällt es offensichtlich schwer, einen Bezug zwischen dem eigenen Leben und der EU herzustellen, beziehungsweise die EU im Alltag wahrzunehmen. In der Befragung der EU zur europäischen Kommunikationspolitik gaben nur 1/3 der jungen Menschen an, dass die EU erhebliche Auswirkungen auf ihren Alltag habe.<sup>15</sup> Wenn die persönlichen Erfahrungen aber fehlen, bleibt die EU eine abstrakte Größe, die kaum anziehend wirkt.

### **Persönliche Bedeutung der EU**

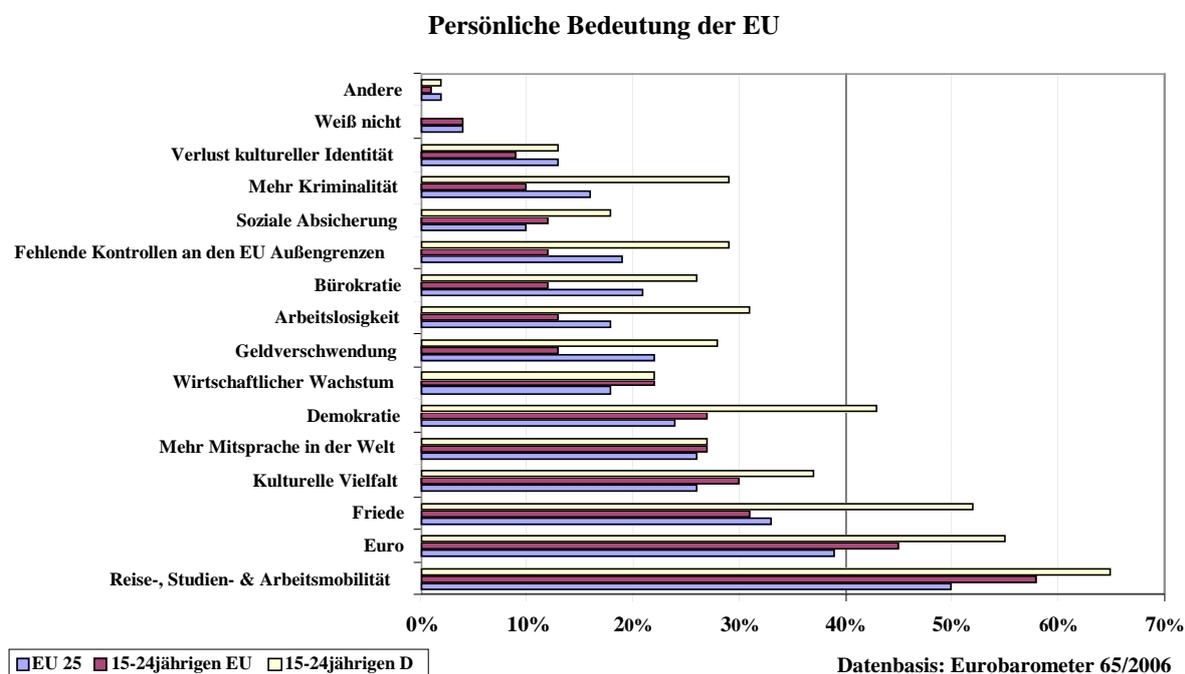
Was aber macht die persönliche Bedeutung der EU für ihre Bürgerinnen und Bürger aus? Mit eindeutigem Abstand wird bei dieser Frage seit Jahren die Reise-, Studien- und

<sup>15</sup> Flash EB 189a, Q20b

Arbeitsmobilität genannt. Die Hälfte der Gesamtbevölkerung, 58 % der EU-Jugendlichen und sogar 65 % der deutschen Jugendlichen sprechen sich im Eurobarometer 65 für Freizügigkeit und Mobilität aus. Damit wird ein Politikbereich genannt, der direkt im Alltag erfahrbar und nachvollziehbar ist und von den Menschen als eine der wesentlichen Errungenschaften europäischer Politik eingestuft wird. Zwischen 45 und 30 % der EU-Jugendlichen nennen als weitere Bezugspunkte dann den Euro, Frieden und kulturelle Vielfalt. Ein Viertel der Jugendlichen verbindet mit der EU zudem mehr Mitsprache in der Welt, Demokratie und wirtschaftliches Wachstum. Von jungen Deutschen werden Mobilität, Euro, Friede, kulturelle Vielfalt und Demokratie vergleichsweise häufiger genannt als im EU-Durchschnitt.

Negative Aspekte werden hingegen nicht so häufig mit der EU in Verbindung gebracht. Geldverschwendung wird von 22 % der Gesamtbevölkerung, aber nur von 13 % der EU-Jugendlichen mit der EU assoziiert. Weitere Vorbehalte beziehen sich auf Bürokratie, Arbeitslosigkeit, fehlende Kontrollen an den EU-Außengrenzen sowie auf den Verlust kultureller Identität und machen zwischen 12 und 9 % der Nennungen aus. Bei deutschen Jugendlichen werden negative Aspekte der EU allerdings vergleichsweise häufiger als bei ihren europäischen Altersgenossen genannt.

*QA14: Was bedeutet die EU für Sie persönlich?*

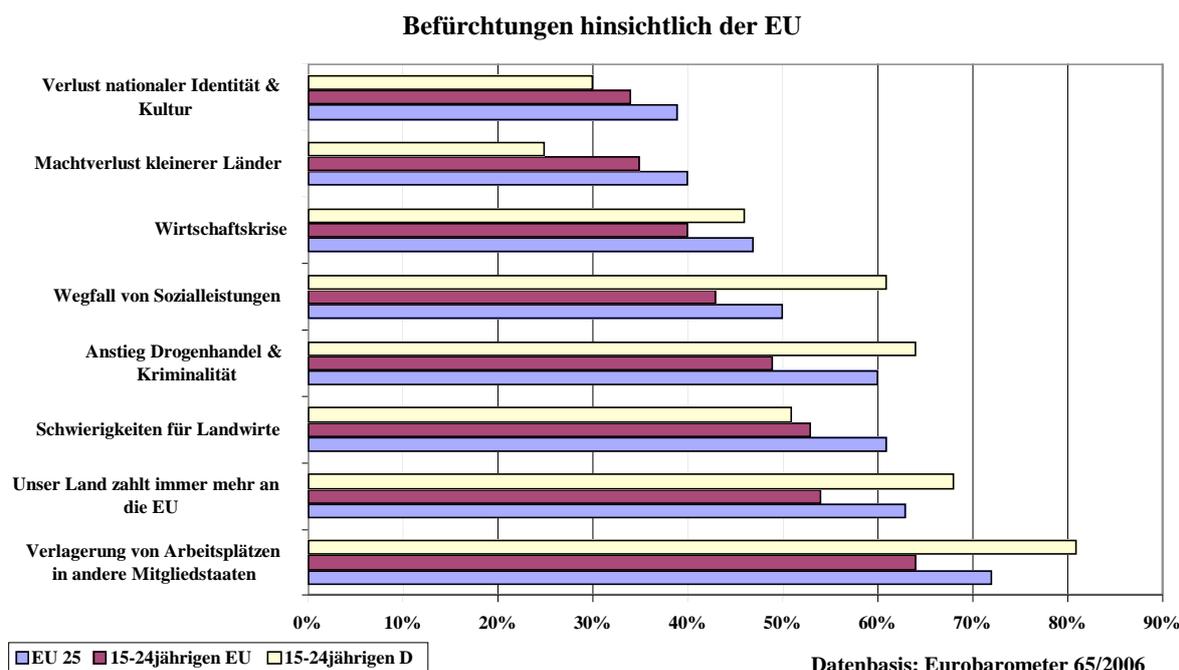


### **Befürchtungen gegenüber der EU**

Im Hinblick auf konkrete Ängste und Befürchtungen hinsichtlich der EU werden von der Bevölkerung im Eurobarometer 65 eine ganze Reihe von Entwicklungen genannt, die sie eher

mit Sorge als mit Zuversicht verfolgen. So steht die Verlagerung von Arbeitsplätzen in andere Mitgliedsländer mit niedrigeren Produktionskosten an erster Stelle der Befürchtungen. 64 % der EU-Jugendlichen und sogar 81 % der deutschen Jugendlichen befürchteten eine solche Entwicklung im Zusammenhang mit europäischer Politik. Hier zeigt sich die schwierige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland, die sich direkt auf die Zukunftsängste der Bevölkerung und deren Einstellungen in diesem Bereich auswirkt. Es wird sich zeigen, ob mit der positiven wirtschaftlichen Entwicklung 2007 diese Ängste wieder abnehmen und sich dem EU-Durchschnitt anpassen. Übermäßige Ängste deutscher Jugendlicher beziehen sich zudem auf die Netto-Zahler Position Deutschlands, den Anstieg von Drogenhandel und Kriminalität sowie den Wegfall von Sozialleistungen im Zusammenhang mit europäischer Politik.

*QA17: Wenn es um den Bau Europas, der EU, geht, haben manche Menschen vielleicht Ängste. Hier ist eine Liste mit Dingen, von denen einige sagen, dass sie davor Angst haben. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob sie persönlich davor Angst haben oder nicht*

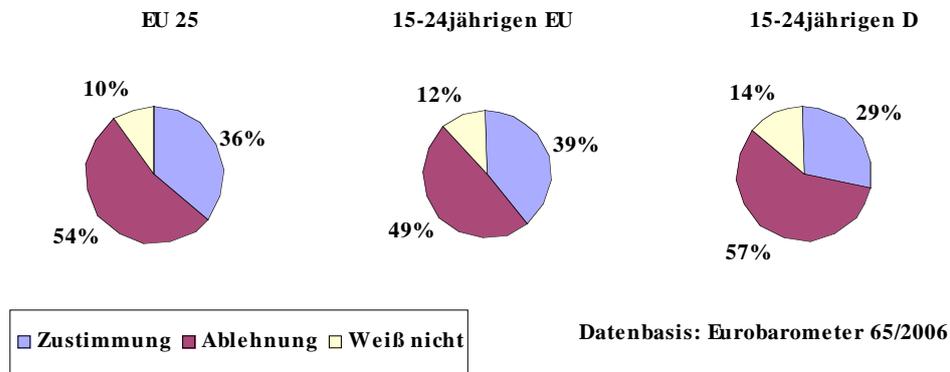


### Einschätzung der Partizipationsmöglichkeiten

Auch die Wahrnehmung der Mitwirkungsmöglichkeiten in der EU werden von der EU-Bevölkerung eher negativ eingestuft. 54 % der Gesamtpopulation, 49 % der EU-Jugendlichen und sogar 57 % der jungen Deutschen sind im Eurobarometer 65 der Auffassung, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt. Der überwiegende Teil der Jugendlichen macht damit deutlich, dass er seine Auffassungen und Forderungen in der EU nicht berücksichtigt sieht.

Q15a: Sagen Sie mir bitte, ob Sie der folgenden Aussage eher zustimmen oder diese eher ablehnen: Meine Stimme zählt in der EU?

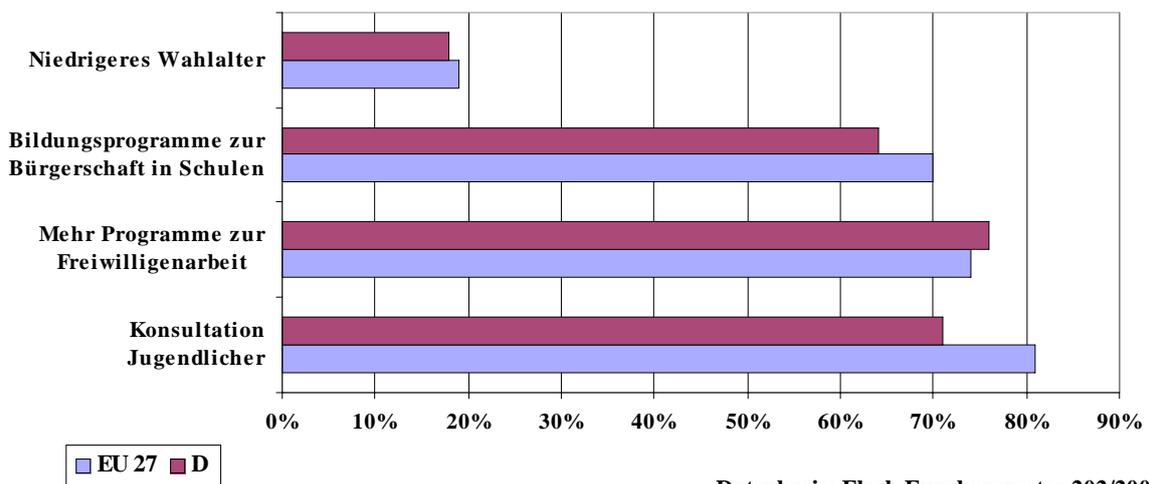
**Gefühl, dass die eigene Stimme in der EU zählt**



Diese negative Einschätzung der Möglichkeit zur Einflussnahme auf europäische Angelegenheiten wird zudem noch dadurch verstärkt, dass Jugendliche selbst eine aktive Mitwirkung in der Gesellschaft wünschen, beziehungsweise eine diesbezügliche Verbesserung fordern. In der Umfrage ‚Junge Europäer‘, in der 15-30jährige Jugendliche in der EU befragt wurden, welche Maßnahmen sie sich für eine Unterstützung der aktiven Beteiligung Jugendlicher in der Gesellschaft vorstellen könnten, gaben 2007 81 % an, dass junge Menschen angehört werden sollen, bevor Entscheidungen, die sie betreffen, gefällt werden. 74 % wünschen sich mehr Freiwilligenprogramme und 70 % entsprechende Bildungsprogramme zur Bürgerschaft in Schulen. Weniger als 20 % sehen die Herabsetzung des Wahlalters als einen möglichen Weg zur Stärkung der Jugendpartizipation an.

Q9: Welche Maßnahmen wären für eine aktivere Beteiligung als Bürger in der Gesellschaft hilfreich?

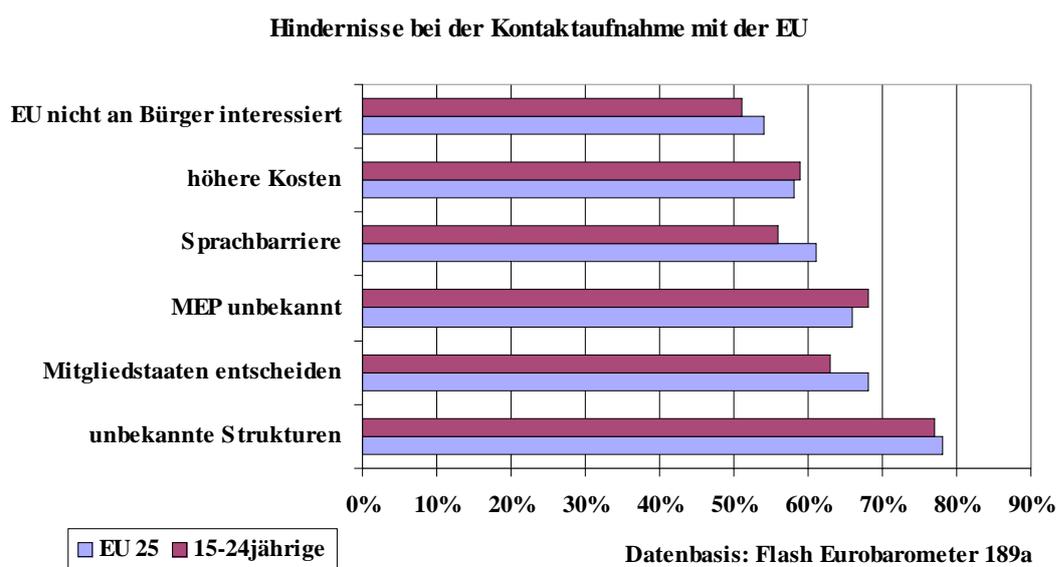
**Stärkung der aktiven Bürgerbeteiligung aus Sicht der 15-30jährigen**



Rund ein Drittel der 15-30jährigen geben zudem an, dass sie Debatten mit politischen Entscheidungsträgern als den besten Weg ansehen, ihre Stimme bei der Politikgestaltung zu Gehör zu bringen.<sup>16</sup> Erst mit Abstand werden dann die Mitwirkung in einer Partei, die Teilnahme an Demonstrationen, die Unterzeichnung einer Petition oder die Mitgliedschaft in einer Nichtregierungsorganisation oder in einer Gewerkschaft genannt. Dies bestätigt die EU-Kommission, die mit der neuen Kommunikationspolitik die direkten Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern zu stärken sucht und insbesondere mit den Jugendlichen im Rahmen der europäischen Jugendpolitik einen strukturierten Dialog begonnen hat.

Im Hinblick auf die politische Beteiligung auf EU-Ebene besteht allerdings ein Problem darin, dass 77 % der befragten Jugendlichen im Eurobarometer Flash zur EU-Kommunikationspolitik 2006 mit der Struktur der EU nicht sonderlich vertraut sind und deshalb auch nicht wissen, an wen sie sich bei entsprechenden Fragen oder Herausforderungen wenden sollen. 2/3 der Europäer sind zudem der Auffassung, dass sowieso die Mitgliedstaaten entscheiden und deshalb auch bei EU-Angelegenheiten eher die nationalen Regierungen zu kontaktieren sind. Rund 2/3 der EU-Bürgerinnen und Bürger kennen zudem ihre Abgeordneten im EP nicht. Dass die EU kein Interesse an der Meinung der Bevölkerung hat, wird zwar noch von der Hälfte der Befragten, aber vergleichsweise weniger genannt.

*Q11: Es gibt verschiedene Hindernisse und Gründe, die Leute nennen, wenn sie gefragt werden, warum sie die EU bei EU-Angelegenheiten nicht direkt kontaktieren. Welches sind für sie die wichtigsten Gründe, die sie davon abhalten, die verantwortlichen EU-Behörden direkt zu kontaktieren?*



<sup>16</sup> Flash EB 202, Q10

Damit schließt sich erneut der Kreis zwischen der persönlichen Wahrnehmung der EU und dem eigenen Wissensstand zur europäischen Politik. Wer sich nicht informiert fühlt, sieht sich nur schwer in der Lage, die aktuelle Politik einzuordnen und eine positive Beziehung zur EU auszubilden.

### **Schlussfolgerungen**

Die Einstellungen der Jugendlichen zur EU sind alles in allem sehr ambivalent. Auf der einen Seite gibt es eine ganz allgemeine und breite Zustimmung zur EU, die nur von einer kleinen Anzahl von Kritikern grundlegend in Frage gestellt wird. Jugendliche sind dabei in der Regel etwas optimistischer eingestellt als die Gesamtbevölkerung. Trotzdem fallen bei konkreten Fragestellungen und zu bestimmten Handlungsfeldern die Äußerungen durchaus kritischer und distanzierter aus. Außerdem ist der Anteil derjenigen sehr hoch, die sich bei konkreten Fragen nicht festlegen können oder wollen. Ausschlaggebend ist hierfür oft fehlendes Wissen, was die genaue Einschätzung europäischer Politik schwierig macht.

Die Einstellungsdaten machen die Notwendigkeit deutlich, dass sich die EU und insbesondere ihre Mitgliedsländer intensiver um das Verständnis, die Unterstützung und Mitwirkung ihrer Bevölkerung kümmern müssen. Es gilt, den Dialog zwischen der EU und den in ihr lebenden Bürgerinnen und Bürgern aktiv zu gestalten und so eine tragfähige Basis für eine lebendige europäische Bürgergesellschaft zu schaffen.

Die vieler Orts geforderte aktive europäische Bürgergesellschaft und rege Partizipation in Europa ist gegenwärtig noch weit von den tatsächlichen Möglichkeiten und deren Wahrnehmung in der Bevölkerung entfernt. Es gibt zwar durchaus gute Praxisbeispiele und erfolgreiche Ansätze für eine gelungene Informations- und Beteiligungspolitik, es gilt jedoch, diese auch in die Breite umzusetzen. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf, dem es im Rahmen einer europäisch orientierten Jugend- und Bildungsarbeit zu begegnen gilt.

Hieraus ergeben sich drei wesentliche Forderungen, die eng miteinander verknüpft sind:

1. Die Einstellungsdaten zum Informationsstand der Bevölkerung sowie Untersuchungen zum tatsächlichen Wissen über die EU zeigen, dass hier ein erhebliches Defizit besteht. Trotz eines geäußerten Interesses an europäischer Politik fühlen sich Jugendliche nur mittelmäßig über die EU informiert. Vor allem die nationalen Regierungen werden in der Pflicht gesehen, interessante und leicht verständliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Hierbei handelt es sicherlich nicht nur um eine reine Bereitstellung von Daten, sondern es bedarf einer zielgruppenspezifischen Vermittlung von Informationen, die am Alltag der Jugendlichen orientiert ist, deren Bezüge zur europäischen Politik in den Vordergrund stellt und Unterstützung für handlungsorientierte Ansätze liefert. Um dies zu

erreichen, ist eine sektorübergreifende Zusammenarbeit der formalen und nichtformalen Bildung erforderlich, die sich auf alle geografischen Ebenen erstreckt.

2. Obwohl die Förderung der aktiven europäischen Bürgergesellschaft und insbesondere der Beteiligung junger Menschen ein Schwerpunkt europäischer Politik darstellt, wird deren Umsetzung eher negativ eingestuft. Jugendliche sind überwiegend nicht der Auffassung, dass ihre Stimme in der EU zählt und sie können sich auch nicht vorstellen, an welchen Stellen innerhalb der EU-Strukturen sie aktiv werden könnten. Aus diesem Grund muss die Einbeziehung Jugendlicher in die Entscheidungsfindung der EU übersichtlicher und auch verbindlicher werden. Der seit 2006 von der EU verfolgte strukturierte Dialog mit den Jugendlichen muss nachhaltiger umgesetzt und auf eine kohärente und kontinuierliche Basis gestellt werden. Dabei ist jedoch auch sicher zu stellen, dass an dem strukturierten Dialog nicht nur eine kleine Auswahl von Jugendlichen teilhaben kann, sondern dass der Zugang hierzu möglichst vielen Jugendlichen offen steht und dessen Ergebnisse weit verbreitet und auch öffentlich diskutiert werden.
3. Die mühsam erzielte Vereinbarung über die Fortsetzung der EU-Reform kann nicht verbergen, dass die zukünftige Gestalt der EU weiterhin offen ist. Die Uneinigkeit der politischen Entscheidungsträger auf höchster EU-Ebene spiegeln sich in den ambivalenten Einstellungen der Bevölkerung zur EU wider. Die allgemeine Zustimmung zur EU verbindet sich gleichzeitig mit diversen Ängsten und Befürchtungen vor der konkreten EU-Politik. Diese Grundstimmung macht einen breiten öffentlichen Diskurs über die zukünftige Gestalt der EU und die Reichweite des Integrationsprozesses notwendig. Es geht hierbei darum, sich über die Ziele europäischer Politik sowie die Mittel und Wege, wie diese zu erreichen sind, neu zu verständigen. Diese Debatten sind nunmehr europaweit, auf allen Ebenen sowie mit großer Bürgerbeteiligung zu führen und im Hinblick auf die EP-Wahlen 2009 und die bis dahin anzustrebende Ratifizierung des EU-Reformvertrages zu konkretisieren.